



Niederschrift

21. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
9. Juni 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 5 der Tagesordnung: Mitgliedschaft im KOSIS-Verbund e. V. und den daraus entwickelten, für die Stadt Karlsruhe erforderlichen KOSIS-Gemeinschaften
Vorlage: 2026/0370

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe im KOSIS-Verbund e. V. (Kommunales Statistisches Informationssystem) und in den sich daraus entwickelnden, für die Stadt Karlsruhe erforderlichen KOSIS-Gemeinschaften. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Sie führt aus, es habe sich die Frage ergeben, weshalb für die gemeinsame Entwicklung kommunaler Software ein eigener Verein gegründet werde, obwohl hierfür auch die Komm.ONE zur Verfügung stehe. Sie merkt an, dass sie keine weiteren Aufgaben dorthin verlagern wolle, da com.one aus ihrer Sicht nicht immer zügig arbeite. Sie fragt nach weiteren Begründungen für die Vereinsgründung.

Herr Riedel (AfStA) erklärt, der KOSIS-Verbund bestehe seit den 1980er-Jahren, also aus einer Zeit ohne die heutigen Strukturen von Komm.ONE oder kommunalen Rechenzentren. Die interkommunale Zusammenarbeit sei dort besonders etabliert. Der Verbund programmiere Spezialsoftware für Kommunen und andere Gebietskörperschaften, seine Ausrichtung unterscheide sich grundlegend von der Funktion eines Rechenzentrums wie Komm.ONE.

Stadtrat Schnell (AfD) erkundigt sich, ob die Mitgliedschaft künftig 1.000 Euro jährlich koste und ob dadurch Softwarekosten eingespart würden.

Herr Riedel (AfStA) erläutert, die KOSIS-Software sei ursprünglich für kommunale Statistikstellen entwickelt worden, etwa für Bevölkerungsprognosen oder die Aufbereitung von

Bevölkerungsdateien. Zudem diene der Verbund dem fachlichen Erfahrungsaustausch. Die Kostenumstellung solle kostenneutral erfolgen. Aufgrund umsatzsteuerlicher Vorgaben sei ein eingetragener Verein notwendig, da der Verbund sonst umsatzsteuerpflichtig wäre. Die Vereinsgründung sei daher eine formale Maßnahme. Die Kosten würden sich nicht erhöhen. Bei künftigen Kostensteigerungen werde geprüft, ob eine weitere Teilnahme an den jeweiligen Gemeinschaften sinnvoll sei. Einige Gemeinschaften seien kostenfrei und böten der Stadt insbesondere im Erfahrungsaustausch Vorteile. Sollte dieser Nutzen entfallen oder eine finanzielle Belastung nicht mehr darstellbar sein, müsse über einen Austritt nachgedacht werden.

Der Vorsitzende lässt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
11. Juni 2026